

Schweiz

Parteienfinanzierung

Umfragen stützen neue Volksinitiative

SP, Grüne und BDP verbünden sich für die «Transparenz-Initiative». Sie verlangen, dass politische Spenden über 10 000 Franken offengelegt werden.

Markus Häfliger
Bern

Ein neues Volksbegehren will eines der bestgeschützten Geheimnisse der Schweizer Politik lüften: die Geldflüsse, die hinter Wahl- und Abstimmungskampagnen und den Parteien stehen. Am 26. April beginnt die Unterschriftensammlung für eine eidgenössische Volksinitiative mit dem Namen «Für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung»: Das kündigt Nadine Masshardt an, SP-Nationalrätin und Mitglied des Initiativkomitees.

Der definitive Initiativtext hat bereits die obligatorische Vorprüfung bei der Bundeskanzlei durchlaufen. Er verlangt Transparenz in folgenden Bereichen:

- Parteien sollen künftig alle Spenden offenlegen, welche 10 000 Franken pro Jahr und Spender überschreiten.
- Die im Parlament vertretenen Parteien müssen zudem ihre Bilanz und Erfolgsrechnung publizieren.
- Abstimmungskomitees, die über 100 000 Franken für eine Kampagne aufwenden, müssen Budget und Eigenmittel sowie die Herkunft aller Spenden über 10 000 Franken offenlegen.
- Die gleiche Regelung gilt auch für Kandidaten für den National- oder den Ständerat, die für ihre Wahlkampagne mehr als 100 000 Franken ausgeben.

Die Annahme anonymer Spenden wäre Parteien, Politikern und Komitees künftig untersagt. Bei Verstössen gegen die neuen Regeln gäbe es Sanktionen.

Auch bürgerlicher Support

Hinter der Initiative steht ein Bündnis, dem SP, Grüne, EVP und die Piratenpartei angehören - und aus dem bürgerlich-liberalen Lager auch die BDP. Unbemerkt von der Öffentlichkeit hat der Parteivorstand bekanntgegeben, dass er die Initiative unterstützt. BDP-Fraktionschefin Rosmarie Quadranti bildet mit Masshardt und der grünen Genfer Nationalrätin Lisa Mazzone das Co-Präsidium des Transparenz-Bündnisses.

Anderer bürgerliche Politiker, die sich für Transparenz-Anliegen engagieren, gaben dem Initiativkomitee hingegen einen Korb, namentlich SVP-Nationalrat Lukas Reimann, der 2012 mit einer eigenen Transparenz-Initiative gescheitert ist. Reimann hält die neue Initiative für falsch formuliert: «Mit Beiträgen an Politiker über Beiratsmandate, VR-Mandate,



Wahlplakate im Kanton Aargau: Woher stammt das Geld für die Kampagnen? Foto: Walter Bieri (Keystone)

Lobby-Agenturen und Einladungen für Reisen sowie Geschenken lassen sich Entscheide im Parlament viel direkter und viel konkreter beeinflussen als mit Beiträgen an eine Partei», schrieb er in seinem Blog. Auch Ständerat Thomas Minder erteilte den Initianten eine Absage. Mitglied des 13-köpfigen Initiativkomitees ist dafür Claudio Kuster, seinerzeit Minder's wichtigster Mitstreiter bei der erfolgreichen Abzocker-Initiative.

Zu Reimann's Kritik sagt Masshardt, sie teile zwar seine Forderung nach weitergehender Transparenz. «Wir wollten uns aber bewusst auf einen Aspekt fokussieren.» Zudem seien Vorstösse zu den Politiker-Einkünften im Parlament hängig. Bei der Parteienfinanzierung sind hingegen alle parlamentarischen Anläufe gescheitert. Entsprechende Vorstösse wurden schon 1975 und 1986 von den LdU-Nationalräten Theodor Kloter und Franz Jaeger eingereicht. Später griffen

linke und grüne Politiker das Anliegen auf, scheiterten aber stets damit. Laut Greco, dem Anti-Korruptions-Organ des Europarats, ist die Schweiz das letzte aller 49 Mitgliedsstaaten ohne jede Gesetzgebung zur Parteienfinanzierung. Die Greco hat die Schweiz deswegen mehrfach gerügt.

Gegen föderalistische Tradition

Der Bundesrat hat aber 2014 beschlossen, sich den Forderungen der Greco zu widersetzen. Er begründete dies damit, dass sich eine Regelung auf nationaler Ebene kaum mit der föderalistischen Tradition vertrüge. Bürgerliche Parteien argumentieren zudem damit, die Transparenz würde ihre Spender abschrecken. Dies führe indirekt zur staatlichen Parteienfinanzierung.

Die Initianten vertreten hingegen die Ansicht, «dass eine verstärkte finanzielle Transparenz unsere Demokratie stärkt

und das Vertrauen der Bürger in die Politik fördert», wie Masshardt sagt. Für den Meinungsbildungsprozess der Stimmberechtigten sei es relevant, zu wissen, welche Personen oder Firmen welche politischen Kampagnen finanzieren.

Meinungsumfragen scheinen Masshardt recht zu geben. Das Institut Iso-public ermittelt seit Jahren komfortable Mehrheiten für mehr Transparenz. In der Vimentis-Umfrage «Volksmeinung 2016» sprachen sich unlängst 75 Prozent für eine Offenlegung von Spenden über 10 000 Franken aus. Auch unter den FDP- und CVP-Wählern waren die Transparenz-Befürworter klar in der Mehrheit, bei den SVP-Wählern kamen sie auf immerhin 50 Prozent.

PDF Der Initiativtext im Wortlaut

transparenz.tagesanzeiger.ch

Beliebter Schweizer Pass

Neue Zahlen zeigen Ein verschärftes Gesetz und die SVP-Initiativen bewegen derzeit mehr Ausländer dazu, sich einbürgern zu lassen.

Agis Bardi
Bern

Die Zahlen für den Schweizer Pass sind im Vergleich mit den Vorjahren stark gestiegen. Dies ist ein Zeichen dafür, dass die Schweiz für Ausländer immer attraktiver wird. Die SVP-Initiativen haben dazu beigetragen, dass die Schweiz als ein Land mit hohem Lebensstandard und hoher Sicherheit angesehen wird. Die Zahlen zeigen, dass die Schweiz im Jahr 2015 über 100 000 neue Bürgerinnen und Bürger gewonnen hat. Dies ist ein Rekord für die Schweiz. Die Zahlen zeigen auch, dass die Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern eine hohe Anzahl an Ausländern hat, die sich einbürgern lassen. Dies ist ein Zeichen dafür, dass die Schweiz für Ausländer immer attraktiver wird.

Die Zahlen zeigen auch, dass die Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern eine hohe Anzahl an Ausländern hat, die sich einbürgern lassen. Dies ist ein Zeichen dafür, dass die Schweiz für Ausländer immer attraktiver wird. Die Zahlen zeigen auch, dass die Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern eine hohe Anzahl an Ausländern hat, die sich einbürgern lassen. Dies ist ein Zeichen dafür, dass die Schweiz für Ausländer immer attraktiver wird.

SVP hat Schweizer aufgerufen

Die Schweizerische Eidgenossenschaft hat die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, sich für die SVP-Initiativen zu engagieren. Die SVP hat die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, sich für die SVP-Initiativen zu engagieren. Die SVP hat die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, sich für die SVP-Initiativen zu engagieren.

Die SVP hat die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, sich für die SVP-Initiativen zu engagieren. Die SVP hat die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, sich für die SVP-Initiativen zu engagieren.

Die SVP hat die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, sich für die SVP-Initiativen zu engagieren. Die SVP hat die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, sich für die SVP-Initiativen zu engagieren. Die SVP hat die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, sich für die SVP-Initiativen zu engagieren.

Schwächere Zuwanderung

Die Zahlen zeigen auch, dass die Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern eine hohe Anzahl an Ausländern hat, die sich einbürgern lassen. Dies ist ein Zeichen dafür, dass die Schweiz für Ausländer immer attraktiver wird. Die Zahlen zeigen auch, dass die Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern eine hohe Anzahl an Ausländern hat, die sich einbürgern lassen. Dies ist ein Zeichen dafür, dass die Schweiz für Ausländer immer attraktiver wird.

Die Finanzierung ist oft nur auf dem Papier transparent

Die meisten Industrieländer haben Offenlegungspflichten für ihre Parteien. Doch bei der Umsetzung der Gesetze hapert es laut der OECD.

Michael Soukup

Seit den 60er-Jahren hat es zahlreiche parlamentarische Vorstösse zu einer transparenteren Parteienfinanzierung gegeben. Die meist linken Initiativen scheiterten bisher am Veto der Bürgerlichen. Mit dem Resultat, dass die «Schweiz eine der wenigen westlichen Demokratien ist, die weder Offenlegungspflichten noch staatliche Parteienfinanzierung kennt», stellt Samuel Wiedemann in seiner an der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (ZHAW) verfassten Abschlussarbeit zur Parteienfinanzierung fest. Deshalb wird die Schweiz seit Jahren von internatio-

nen Gremien schlecht eingestuft und mit Staaten wie Albanien, El Salvador, Madagaskar oder Tuvalu gleichgesetzt. In einem Bericht von Transparency International heisst es: «Im Unterschied zu den meisten EU-Staaten, in denen mit Transparenz für einen fairen Wettbewerb gesorgt wird, müssen die politischen Parteien in der Schweiz niemandem Rechenschaft darüber ablegen, wie sie zu so viel Geld kommen.»

Die Schweiz eine Blackbox und die EU ein Glashaus? Das Bild greift zu kurz. Im Februar veröffentlichte die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) eine Studie zur Parteienfinanzierung ihrer 34 Mitgliedsstaaten. In der Hälfte der OECD-Länder (darunter Frankreich, Korea und Mexiko) sind anonyme Parteispenden gänzlich verboten, in 38 Prozent der Länder gibt es bestimmte Freibeträge, die anonymes Spenden erlauben. In den Niederlanden oder Österreich beispielsweise müssen die Spender ab Beträgen von 4500 Euro

respektive 3500 Euro veröffentlicht werden. Obwohl also in fast allen Ländern die Parteispenden zumindest unter bestimmten Bedingungen offengelegt werden müssen, ist die Transparenz aber von unterschiedlicher Qualität.

Ohne Einblick

So fordert die OECD unabhängige Kontrollorgane mit entsprechenden Ermittlungsbefugnissen zur Durchsetzung der Transparenzregeln. Aber nur in knapp einem Drittel der untersuchten Länder gibt es solche Einrichtungen. In Österreich beispielsweise ist der Rechnungshof - die Finanzkontrolle des Parlaments - für die Überwachung der Rechenschaftsberichte der Parteien zuständig. Er darf aber selbst keinen Einblick in die Parteifinzen nehmen und ist damit auf die von den Parteien bestellten Wirtschaftsprüfer angewiesen. Und so kritisierte das Antikorruptionsorgan des Europarats, Greco, zwar die Schweiz wegen der fehlenden Gesetzgebung zur

Parteienfinanzierung, aber auch Österreich, weil es von den insgesamt 11 Empfehlungen zur Transparenz der Parteifinzen genau 4 zufriedenstellend, aber 5 nur teilweise und 2 gar nicht umgesetzt hat. Als weiteres Problem sieht die OECD Schlupflöcher wie Darlehen, Mitgliedsbeiträge und Drittmittelfinanzierung. Nur Länder wie Kanada, Irland, die Slowakei und Grossbritannien hätten gesetzliche Vorkehrungen dagegen getroffen.

Aber vielleicht ist die Gefahr illegaler Parteispenden in der EU nicht besonders gross angesichts der millionenschweren öffentlichen Zuschüsse an die Parteien. 2013 erhielten die österreichischen Parteien 127 Millionen Euro an Fördermitteln. Sie machen 53 Prozent der Einnahmen der Parteien aus. In Belgien finanzieren sich die Parteien zu 85 Prozent aus öffentlichen Geldern. In Dänemark und Schweden sind es 75 Prozent, in den Niederlanden und in Grossbritannien 35 Prozent.